

**KANTONS RATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 15. Mai 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 233 Anfrage Müller Guido und Mit. über Klarheit schaffen über die Integrationsmöglichkeiten von anerkannten Flüchtlingen in der Wirtschaft und die Zuständigkeiten der involvierten Behörden und Organisationen / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement

Guido Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Guido Müller: Wir sind uns hier im Rat wohl grossmehrheitlich einig, dass es sinnvoll ist, anerkannte Flüchtlinge möglichst in den Arbeitsprozess zu integrieren, damit sie zu gegebener Zeit über ein eigenes Einkommen verfügen und nicht vom Staat abhängig sind. Meiner Meinung nach bietet der Kanton hier ein zu grosses Angebot an, denn für die Integration von vorläufig Aufgenommenen ist der Bund zuständig. Mehrere Unternehmer haben mir erklärt, dass sie gerne bereit wären, einen Praktikumsplatz anzubieten, aber das Ganze gestalte sich etwas kompliziert, auch die richtige Anlaufstelle sei nicht bekannt. Das hat die meisten davon abgehalten, einen Praktikumsplatz anzubieten. Sinnvollerweise sollte es also nur eine Anlaufstelle für die Arbeitgeber und die Interessenten geben. Zudem wäre es wichtig, dass auch diejenigen, die einen Praktikumsplatz anbieten und diesen Mehraufwand auf sich nehmen, entsprechend entschädigt werden. Regierungsrat Guido Graf hat erklärt, dieser Auftrag sei der Caritas entzogen worden, und einen grossen Teil davon habe der Kanton selber übernommen. Andererseits hat der Kanton mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) einen Leistungsauftrag über 1 Million Franken abgeschlossen. Das SAH bewirtschaftet über 1000 Dossiers mit einem Kostensatz von 1250 Franken pro Dossier. Schlussendlich besuchen nur etwa 250 Personen ein Integrationsprogramm. Der administrative Aufwand und die Kurskosten sind sehr hoch. Ich bitte die Regierung zu überprüfen, ob es möglich ist, einen lösungsorientierten Ansatz zu finden und mit einem Prämiensystem zu arbeiten. Profitieren sollten diejenigen, die Praktikumsstellen anbieten, und nicht eine Stelle, bei der die Verwaltung der Dossiers im Vordergrund steht. Wie der Antwort entnommen werden kann – und das ist bemerkenswert – beteiligt sich auch das Bildungs- und Kulturdepartement pro Jahr mit 1 Million Franken an den Integrationsprogrammen. Ich bitte die Regierung, einen lösungsorientierten Ansatz zu finden mit einer Anlaufstelle, die primär darauf ausgerichtet ist, Lösungen anzubieten und nicht das Problem zu bewirtschaften.

Ali R. Celik: Ich verstehe die Bemühungen um die Vereinfachung des Zugangs zum Arbeitsmarkt von Flüchtlingspersonen gut. Die Sache ist aber nicht so einfach. Es ist kaum zu vermeiden, dass mehrere Stellen involviert sind. Zu vermittelnde Personen mit einer F- oder B-Bewilligung werden vom SAH Zentralschweiz betreut. Das Amt für Migration erteilt die Arbeitsbewilligung, und die kantonale Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen muss Abklärungen bezüglich Lohnfragen vornehmen. Eine nachhaltige Vermittlung im Arbeitsmarkt hängt davon ab, ob die Personen über das nötige Rüstzeug wie Deutschkenntnisse und berufliche Erfahrungen durch Praktika verfügen. Für die Förderung der Arbeitsintegration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen müssen mindestens zwei Schritte unternommen werden. Erstens muss der Zugang zum Arbeitsmarkt weiter vereinfacht werden. Unser

Rat hat deshalb angeregt, dass statt einer Arbeitsbewilligung eine Anmeldung reichen sollte. Zweitens müssen für eine bessere Arbeitsintegration die Integrationsbedingungen stimmen. Das ist leider nicht immer der Fall. Unser Rat hat anstatt einer Verbesserung einige Hindernisse eingeführt. Zuerst wurden vorläufig Aufgenommene bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe den Asylsuchenden gleichgestellt, obwohl über 90 Prozent dieser Personen in der Schweiz bleiben. Neben der massiven Senkung des Grundbedarfs wurden per 1. Januar 2017 auch die Integrationszulagen für die Arbeitssuche, die Teilnahme an Deutschkursen sowie die Zusammenarbeit mit den Institutionen gestrichen. Vielleicht erhalten wir eine Antwort darauf, wie es sich der Regierungsrat vorstellt, mit den gekürzten finanziellen Mitteln die berufliche, sprachliche und soziokulturelle Integration zu fördern. Ein Hinweis zu Frage 11: Es wäre falsch kein Anreizsystem zu lancieren beziehungsweise eines zunichte zu machen. Bisher wurden viele Personen über die Einarbeitungszuschüsse in die Arbeitswelt integriert.

Gaudenz Zemp: Ich bin Mitglied der Steuergruppe, die sich dieser Probleme annimmt. Deshalb habe ich einen tiefen Einblick in die Materie. Ich anerkenne zwar die von Guido Müller angesprochenen Probleme. Trotzdem beurteile ich die Arbeit der Verantwortlichen massiv positiver. Tatsächlich kommen wir nicht so voran, wie wir es uns wünschen. Dafür gibt es aber drei Gründe, auf die wir zum Teil schlecht Einfluss nehmen können. Erstens handelt es sich um ein grosses und schwieriges Problem. In diesem Bereich gibt es keine einfachen Lösungen. Zweitens könnte eine einzelne Anlaufstelle gewisse Resultate schneller erzielen. Trotzdem beurteile ich es als richtig, wenn die Regierung das Problem mit den bestehenden Regelstrukturen zu lösen versucht, damit das System nicht noch komplexer wird. Die beiden Regierungsräte Guido Graf und Reto Wyss leisten in diesem Bereich gute Arbeit. Eines der Hauptprobleme ist die Sprache, deshalb ist es richtig, dass auch das Bildungs- und Kulturdepartement involviert ist. Drittens liegt das Hauptproblem beim fehlenden finanziellen Anreiz, primär aber bei den nationalen Gewerkschaften und den Gesamtarbeitsverträgen, die auf nationaler Ebene Gültigkeit haben. Die kantonalen Gewerkschaften erkennen das Problem und versuchen, zu einer Lösung beizutragen. Die gestellten Fragen sind berechtigt, die Antworten der Regierung sind nach Meinung der FDP korrekt.

Marlis Roos Willi: Aus Sicht der CVP-Fraktion sind die Fragen durch den Regierungsrat klar beantwortet worden. Für uns ist aber nicht klar, ob der Anfragende ernsthaft daran interessiert ist, anerkannte Flüchtlinge zu integrieren, oder ob er die getroffenen Massnahmen infrage stellt. Ich staune, dass ein leistungsbezogenes Anreizsystem gefordert wird. Wer soll das bezahlen? Uns erscheint es wichtig, dass die berufliche Integration unbürokratisch abläuft und die gewillten Arbeitgeber begleitet werden. Mit der Leistungsvereinbarung mit dem SAH ist ein richtiger Schritt gemacht worden, die entscheidenden Player sind an einem Tisch. Das SAH ist die geforderte Koordinationsstelle und damit in der Pflicht. Wir befinden uns also auf einem guten Weg.

Jörg Meyer: Der Kanton Luzern zeichnet sich durch ein breites Engagement aus und bietet die notwendigen Möglichkeiten. Sowohl das Gesundheits- und Sozialdepartement wie auch das Bildungs- und Kulturdepartement leisten gute Arbeit. Es ist auch ein Zeichen einer lösungsorientierten Kultur, dass sogar die Luzerner Gewerkschaften Gesprächsbereitschaft zeigen. Wenn es von diesen 1000 Dossiers bei nur 10 oder 20 Prozent zu einer beruflichen Integration kommt, lohnen sich alle diese Massnahmen sehr schnell. Eine nachhaltige Integration heisst eben mehr, als nur jemanden schnell in ein Praktikum zu schicken. Es gehören auch sprachliche und soziokulturelle Fördermassnahmen dazu. Nur so werden diese Personen richtig auf den anspruchsvollen Arbeitsmarkt vorbereitet. Deshalb ist es nicht angebracht, in diesem Bereich von einem Überangebot zu sprechen. Aus Sicht der SP würde es sich durchaus lohnen, doch noch etwas kritischer hinzusehen. Die Bewirtschaftung der Kontakte könnte eventuell besser koordiniert werden. Vielleicht wäre dazu eine Verwaltungsstelle notwendig, welche die Vermittlungstätigkeit übernimmt. Es ist gut, dass es nun diese Steuergruppe gibt, wir kennen aber ihre genaue Zusammensetzung nicht. Der Kanton Luzern ist gut aufgestellt, trotzdem sind noch Verbesserungen möglich, auch im Interesse der Wirtschaft.

Marcel Budmiger: Ich äussere mich als Vertreter des SAH Zentralschweiz. Guido Müller findet, dass es im Moment zu viele Angebote gäbe. Der Kanton Luzern ist aber verglichen mit anderen Kantonen überdurchschnittlich erfolgreich. Deshalb sparen die Gemeinden schlussendlich bei der Sozialhilfe. In den Zeitungsberichten rund um die Anfrage wurde gefordert, dass der Gewerbeverband die Koordinationsfunktion übernehmen solle. Aber weder das SAH noch der Gewerbeverband können Arbeitsbewilligungen erteilen oder Sozialhilfe auszahlen. Es ist eine komplexe Situation, deshalb kann nicht nur eine Instanz die Verantwortung übernehmen. Es wäre tatsächlich von Vorteil, wenn ein Ansprechpartner alles koordinieren könnte. Das würde aber wieder etwas kosten. Die Zusammenarbeit der einzelnen Player könnte noch verbessert werden. Der Kanton sollte dem SAH aber auch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen, denn dadurch wäre ein effizienteres Arbeiten möglich.

Roger Zurbruggen: Ich nehme als Mitglied einer lokalen Aktionsgruppe Stellung. Der Vorstoss beantwortet viele Fragen und lässt erkennen, wie komplex die ganze Sache ist. Als Mitglied einer lokalen Arbeitsgruppe wird man auch von lokalen potenziellen Arbeitgebern angesprochen – und schon kommt es zur ersten Hürde, denn es ist schwierig, einem interessierten Arbeitgeber genaue Auskunft zu erteilen. Die Motivation des möglichen Arbeitgebers schwindet dadurch bereits. Es wäre deshalb sinnvoll, eine Übersicht mit den verschiedenen Prozessen zur Verfügung zu haben. Die lokalen Aktionsgruppen beginnen, sich in der Region zu vernetzen. Wir versuchen abzuklären, welche Wirkungsfelder, die durch den Kanton nicht abgedeckt werden, für regionale Player infrage kämen. Es wäre sinnvoll, nach Schnittstellen zu suchen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich erlaube mir zwei Vorbemerkungen. Die Situation, wie sie sich im Asyl- und Flüchtlingswesen in den Jahren 2010–2012 präsentiert hat, will ich nicht mehr. Es soll keine Vermischung mehr von operativ und strategisch tätigen Organisationen geben. Ich will – und das verlange ich auch von den Organisationen –, dass der asylsuchende Mensch im Zentrum steht und nicht die Organisation. Unser Grundsatz heisst „fordern und fördern“. Alle asylsuchenden Personen, die dem Kanton Luzern zugewiesen werden, müssen 200 Stunden Deutschunterricht besuchen. Dieser Deutschunterricht wird vom Bund nicht vorgegeben, ist aber sehr hilfreich. Soweit meine Vorbemerkungen. Im Kanton Luzern geht es um zirka 1800 Personen im erwerbsfähigen Alter. Ein nicht abschätzbarer Teil davon ist aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig. Die Herausforderung besteht vor allem bei der Alterskategorie der 50- bis 65-Jährigen. Das ist nichts Neues. Auch Schweizer, die in diesem Alter arbeitslos werden, stehen vor einer enormen Herausforderung, wenn sie eine neue Arbeitsstelle finden müssen. Die Alterskategorie 18 bis 21 Jahre wird prinzipiell über die Regelstruktur an die berufliche Grundbildung herangeführt. Hier arbeiten wir sehr gut mit dem Bildungs- und Kulturdepartement zusammen. Während wir für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene diverse Programme anbieten, macht Integration bei Asylsuchenden keinen Sinn. Schlussendlich ist es aber eine finanzielle Frage. Das SAH Zentralschweiz wurde mit der Förderung der beruflichen Integration für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zwischen 21 und 46 Jahren beauftragt. Das SAH leistet gute Arbeit, die wir aber auch kontrollieren. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun, sondern wir wollen Zahlen messen und nach allfälligen Verbesserungen suchen. Der Kanton Luzern befindet sich im Vergleich mit den anderen Kantonen mit einer Quote von 33 Prozent in einer guten Position. Trotzdem wollen wir diese Quote noch erhöhen. Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung ist für die Triagestelle „startklar“ zuständig. Das Amt für Migration schöpft alle Möglichkeiten aus und versucht, die notwendigen Dienstleistungen für die Unternehmer zu bieten. Für die Regierung ist es enorm wichtig, dass wir vor allem auch von Branchen mit einem gewissen Nachwuchsmangel Unterstützung erhalten. In den Bereichen Bau und Logistik funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut. Etwas enttäuscht bin ich, dass es in der Pflege bis jetzt noch nicht so gut läuft. Wir haben eine Steuergruppe mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eingesetzt. Diese Steuergruppe hat einen strategischen und keinen operativen Auftrag, deshalb ist das SAH dort auch nicht vertreten. Ich will eine solche Vermischung aus den gemachten schlechten Erfahrungen nicht mehr. Künftig wollen

wir weitere Themen angehen, etwa die Gesamtarbeitsverträge. Das Thema Integration ist kompliziert und anspruchsvoll, aber wir befinden uns auf einem guten Weg und haben schon einiges erreicht. Das Anliegen einer Anlaufstelle in der Verwaltung, beispielsweise in Form einer Telefonnummer, nehme ich entgegen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass wir dafür eine neue Stelle schaffen werden.